

Medienmitteilung

Zug, 5. September 2025

VöV-Generalversammlung 2025

Der VöV verlangt eine Aufstockung des Bundeskredits für den Regionalen Personenverkehr

An der Generalversammlung des Verbands öffentlicher Verkehr (VöV) vom 4. und 5. September 2025 in Zug waren der Kundenrekord im Personenverkehr sowie die Finanzierung des öV zentrale Themen – namentlich der Finanzierungsanteil des Bundes an die Kosten des Regionalen Personenverkehrs für die Jahre 2026 – 2028 sowie die Alimentierung des Bahninfrastrukturfonds. In der Herbstsession kommt der Kredit für den Regionalen Personenverkehr in den Ständerat. Der VöV begrüsst den Antrag der vorberatenden Kommission, den entsprechenden Kredit gegenüber dem Vorschlag des Bundesrates um rund 160 Millionen Franken zu erhöhen: Denn ein wachsender öV braucht eine ausreichende Finanzierung.

Die diesjährige Generalversammlung des Verbands öffentlicher Verkehr (VöV) in Zug, geleitet von Renato Fasciati, Präsident VöV und Direktor RhB, mit über 300 Teilnehmenden fand unter dem Eindruck eines neuen Rekordes im Personenverkehr aber auch finanzieller Herausforderungen statt. Der Schienenpersonenverkehr erreichte mit 5,99 Milliarden Personenkilometern im zweiten Quartal 2025 den höchsten je erzielten Wert. Der öV setzt damit das von der ÖV-Branche angestrebte, vom Bundesrat und Parlament gesteckte Ziel um, seinen Anteil am Modalsplit zu erhöhen.

Der Schweizer öV bietet seiner Kundschaft ein attraktives, raumeffizientes und zuverlässiges Angebot, das sowohl einen grossen volkswirtschaftlichen Nutzen erbringt als auch allen Regionen der Schweiz dient. Gleichzeitig ist der öV bemüht, immer effizienter zu werden und die Kosten im Griff zu haben. So befindet sich der Abgeltungsbedarf pro Personenkilometer trotz des laufenden Angebotsausbaus und der teuren Elektrifizierung der Busflotten bereits wieder auf Vor-Corona-Niveau. Der steigende Mobilitätsbedarf der Schweiz erfordert jedoch weiterhin ein ausgebautes Leistungsangebot des öV. Gerade der Regionale Personenverkehr (RPV) spielt hier eine entscheidende Rolle, ist zugleich aber mit finanziellen Herausforderungen konfrontiert.

KVF-S setzt klares Zeichen: VöV unterstützt Mehrheitsantrag der vorberatenden Kommission

Der Bundesrat beantragt dem Parlament, für die Abgeltung des Bundes an die Leistungen des Regionalen Personenverkehrs in den Fahrplanjahren 2026 bis 2028 einen Verpflichtungskredit von rund 3,4 Milliarden Franken bereitzustellen. Das sind zu wenig Mittel, um das schon publizierte Fahrplanangebot betreiben zu können. Wenn der Bund sich hier aus der Verantwortung zieht, werden die Menschen, insbesondere in ländlichen Regionen und finanzschwachen Kantonen, mit Angebotsausdünnungen im öV rechnen müssen. «Eine wachsende Schweiz braucht auch ein wachsendes öV-Angebot. Deshalb wollen wir einen Angebotsabbau unbedingt verhindern.», sagt VöV-Direktor Ueli Stückelberger.

Der Ständerat wird am 16. September über den RPV-Verpflichtungskredit befinden. Dessen vorberatende Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF-S) empfiehlt dem Rat, die Abgeltung auf rund 3,5 Milliarden Franken festzulegen. Der VöV begrüsst und unterstützt daher den Mehrheitsantrag, der vorsieht, den RPV-Verpflichtungskredit um rund 160 Millionen Franken aufzustocken. Die KVF-S setzt damit ein klares Zeichen dafür, dass die vom Bundesrat beantragte Summe zu niedrig ist und es mehr Mittel braucht, um das geplante RPV-Angebot nicht zu gefährden. Nach dem Ständerat wird noch der Nationalrat während der Wintersession über den Verpflichtungskredit befinden müssen.

Ein stabiles ÖV-Netz braucht eine gesicherte Alimentierung des Bahninfrastrukturfonds

Neben dem RPV steht auch der Bahninfrastrukturfonds (BIF) vor finanziellen Herausforderungen. Erstens will der Bundesrat im Rahmen des «Entlastungspaketes 27» die Einlage in den BIF um mehrere Hundert Millionen Franken kürzen.

Zweitens droht mit dem bis 2030 befristeten Promille-Beitrag von der Mehrwertsteuer ein Teil der aktuellen Finanzierung des BIF wegzufallen. Damit droht, dass im Bahninfrastrukturfonds ein Loch entsteht.

«Um die bestehende Infrastruktur zu erhalten und nötige Kapazitätserhöhungen sowie gezielte Erweiterungen des Bahnnetzes auch künftig zu gewährleisten, braucht es weiterhin eine solide BIF-Finanzierung», hält Renato Fasciati, Präsident des VöV, fest. Hierzu hat der Bund eine Vorlage auszuarbeiten, damit die Stimmberechtigten in etwa zwei bis drei Jahren über die Justierung der BIF-Finanzierung entscheiden können. «Wir setzen uns dafür ein, dass die Alimentierung des BIF auch künftig gesichert ist. Unter anderem, indem der heute befristete Mehrwertsteuer-Beitrag von einem Promille unbefristet zur Verfügung steht. Ich bin überzeugt, dass wir die Stimmberechtigten von unserem guten und sich den Kundenbedürfnissen anpassenden öV-Angebot überzeugen können und die Vorlage betreffend BIF-Finanzierung an der Urne gute Chancen hat», sagt Fasciati weiter.

Sowohl bei der Finanzierung des RPV als auch des BIF würden kurzfristige Einsparungen erhebliche Nachteile für die ganze Bevölkerung nach sich ziehen, etwa einen Angebotsabbau oder eine Gefährdung der Qualität unseres Bahnnetzes. Der VöV setzt sich deshalb mit Nachdruck dafür ein, damit der öV auch in Zukunft attraktiv und den Ansprüchen seiner Kundschaft gerecht bleibt.

Wahlen in den Vorstand des VöV

Die Generalversammlung 2025 hatte unter anderem auch über Wahlen zu befinden. In den Vorstand gewählt wurden Lionel Brasier, Generaldirektor Transports publics genevois; Martin Sturzenegger, Direktor Verkehrsbetriebe Zürich, und Armin Weber, CEO Schweizerische Südostbahn AG. Als Nachfolger in den Ausschuss gewählt wurde Stefan Regli, Leiter Mobilitäts-Services der Schweizerischen Post und CEO PostAuto AG.

Aus dem Vorstand verabschiedet wurden Stefan Kalt, ehemaliger Direktor Regionale Verkehrsbetriebe Baden-Wettingen AG; Pascal Vuilleumier, ehemaliger Direktor Transports Publics Neuchâtelois SA, Christian Plüss, ehemaliger Leiter PostAuto AG und Jean-Frédéric Python, ehemaliger Direktor Chemins de fer du Jura.

► Aktuelle Zusammensetzung des [Vorstands](#) und des [Ausschusses](#)

Für weitere Auskünfte

Ueli Stückelberger, Direktor VöV | 031 359 23 35 | 079 613 77 01

Michael Schallschmidt, Mediensprecher Deutschschweiz VöV | 031 359 23 15 | 078 842 76 50